

feststellte: „Ein stabiles Klima der friedlichen Koexistenz in Europa ist ohne die Achtung der legitimen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik als unabhängiger, souveräner Staat mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen unmöglich. Das ist das Gebot der Zeit. Es ist dies das Abc der Europapolitik der Länder des Sozialismus. Und wir sind davon überzeugt, daß Recht und Gerechtigkeit letzten Endes triumphieren.“

Ein wichtiges Erfordernis des Weltfriedens ist die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik als gleichberechtigtes Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen. Sie würde dem Prinzip der Universalität der Organisation der Vereinten Nationen entsprechen und für die Entspannung in Europa und der Welt von großer Bedeutung sein. Die Regierung bekräftigt den Willen der Deutschen Demokratischen Republik, die sich von den Grundsätzen und Zielen der UNO-Charta leiten läßt, den ihr als einem souveränen Staat zustehenden Platz in der Organisation der Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen einzunehmen. Die weitere Verhinderung unserer aktiven Teilnahme an der Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen und ihren Organisationen kann nur jenen aggressiven und reaktionären Kräften in der BRD und anderen imperialistischen Staaten nutzen, die eine Gefahr für alle Völker sind.

Unser Streben nach der Herstellung von Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten auf der Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz erstreckt sich in vollem Umfange auch auf die Beziehungen zur BRD. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik tritt dafür ein, zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD normale, gleichberechtigte Beziehungen entsprechend den Regeln des Völkerrechts herzustellen. Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD kann es keine „innerdeutschen Beziehungen“ geben. Möglich und notwendig sind allein normale völkerrechtliche Beziehungen, wie sie in der Charta der Organisation der Vereinten Nationen für das Verhältnis zweier voneinander unabhängiger souveräner Staaten zueinander zwingend vorgeschrieben und internationale Praxis sind.

Der VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstützte das vom XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verkündete Friedensprogramm. Lassen Sie mich dazu im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklären: Alle Elemente dieses weitsichtigen und konstruktiven Programms des Friedens und jeder Schritt zu dessen Verwirklichung entsprechen voll und ganz auch den Interessen und aktiven Bemühungen unseres sozialistischen Staates und unseres Volkes.

Gemäß den Prinzipien unserer Friedenspolitik sind wir